WISSENSCHAFTSRAT

Drs. 3320-98
Berlin, 23. Januar 1998/te

Stellungnahme
zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste in den alten Ländern

- Allgemeine Gesichtspunkte -

Inhalt Seite

Vorbemerkung 2

A. Tätigkeitsfelder und Ausstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute 5

B. Zur Frage der Angemessenheit des Vorgehens und der Bewertungskriterien 7

C. Rollenverteilung, Leistungsstand und organisatorische Strukturen der empirischen Wirtschaftsforschung und der wirtschaftspolitischen Beratung 11

I. Empirische Wirtschaftsforschung in Deutschland 11

II. Aspekte der empirischen Wirtschaftsforschung im Ausland 13

III. Aspekte wirtschaftspolitischer Beratung in Deutschland und im Ausland 19

D. Stellungnahme und Empfehlungen 24

Anhang: Tabelle: Finanz- und Personaldaten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste in den alten Ländern 1994-1996 28

Vorbemerkung

Der Wissenschaftsrat ist von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) im April 1994 gebeten worden, alle Einrichtungen der Blauen Liste innerhalb von fünf Jahren auf der Grundlage seiner Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste vom November 1993 zu bewerten. Bei den Einrichtungen der Blauen Liste handelt es sich um selbständige Forschungseinrichtungen, Trägerorganisationen oder Serviceeinrichtungen für die Forschung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse, die auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91b des Grundgesetzes vom 28. November 1975 (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) gefördert werden.

Seit 1977 gehören die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in den alten Ländern zu den Forschungseinrichtungen der Blauen Liste:

- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW),
- HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg (HWWA),
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin,
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen,
- ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.

Sie sind bereits im Jahre 1982 durch den Wissenschaftsrat begutachtet worden.[1)]

In der Blauen Liste wird seit 1992 auch das Institut für Wirtschaftsforschung Halle gefördert; es befindet sich noch im Aufbau und wird deshalb zu einem späteren Zeitpunkt vom Wissenschaftsrat bewertet werden.

Im Juli 1995 hat der Wissenschaftsrat Bewertungsgruppen für die Wirtschaftsfor-

---

[1)] Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den Wirtschaftsforschungsinstituten und zum Forschungsinstitut für Rationalisierung, Köln 1982.

schungsinstitute in den alten Ländern eingesetzt. Um eine vergleichende Bewertung zu ermöglichen, wurde eine für alle Institute identische „Kerngruppe“ aus Mitgliedern des Wissenschaftsrates und externen Sachverständigen gebildet. Fallweise wurden weitere Sachverständige hinzugezogen.

Wegen eines bevorstehenden Wechsels in der Institutsleitung wurde das Bewertungsverfahren für das HWWA auf Bitten Hamburgs vorgezogen. Der Wissenschaftsrat hat seine Stellungnahme hierzu im Januar 1996 verabschiedet. Er hat empfohlen, das HWWA unter Verzicht auf die weitere Förderung der Forschungsabteilungen künftig als „Serviceeinrichtung mit angemessener wissenschaftlicher Kompetenz“ auf näher definierten Gebieten in der Blauen Liste zu fördern.[2)]

Die übrigen Wirtschaftsforschungsinstitute wurden im Laufe des Jahres 1996 besucht. Auf der Grundlage der für sie erstellten Bewertungsberichte einschließlich eines Kapitels „Allgemeine Gesichtspunkte“ hat der Ausschuss Blaue Liste im Dezember 1996 seine wissenschaftspolitischen Stellungnahmen formuliert. Der Wissenschaftsrat hat letztere jedoch noch nicht verabschiedet, da er vor einer endgültigen Beschlussfassung eine grundsätzlichere Erörterung der Situation der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland und der darauf basierenden Politikberatung für erforderlich hielt.

Er hat deshalb in seiner Sitzung im Januar 1997 eine Arbeitsgruppe mit folgendem Auftrag eingerichtet:

„Es wird eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingesetzt, die Beratungen zu Strukturfragen der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland und der Sicherung qualifizierter wirtschaftspolitischer Beratung in Fortsetzung der „Allgemeinen Gesichtspunkte" und der vorliegenden wissenschaftspolitischen Stellungnahmen einschließlich der (nicht mehr veränderbaren) Bewertungsberichte zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste in den alten Ländern weiter- und zu Ende zu führen.

---

2) Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg vom 19.1.1996 (Drs. 2360-96).

Diese Beratungen sollen bis spätestens September 1997 abgeschlossen sein. Dabei sollten u. a. folgende Themen beraten werden:

- **Stärken und Schwächen der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland (Konsequenzen aus der Begutachtung der fünf Institute der Blauen Liste);**
- **Aufgaben, Arbeitsweise, Arbeitsteilung und Wettbewerb in der empirischen Wirtschaftsforschung zwischen Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Hochschulen;**
- **Erforderliche Strukturelemente zur Sicherung der Qualität empirischer Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitischer Beratung;**
- **Internationale Einbindung der Wirtschaftsforschungsinstitute."**

Die Arbeitsgruppe hat die vorliegende neue Fassung der „Allgemeinen Gesichtspunkte" für eine Empfehlung zu den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten der Blauen Liste erarbeitet. In der Arbeitsgruppe haben deutsche und ausländische Sachverständige mitgewirkt, denen der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet ist. Dank schuldet er auch ausländischen Experten, die in einer Anhörung ihren Rat zur Verfügung gestellt haben.

Überlegungen zu den Konsequenzen aus der Bewertung der Wirtschaftsforschungsinstitute sind auf unterschiedliche Ebenen zu beziehen. Institutsbezogene Fragestellungen (Mikroperspektive) stehen neben Überlegungen zum Leistungsstand und zur Struktur der Wirtschaftsforschung in den Hochschulen und außerhochschulischen Einrichtungen insgesamt (Makroperspektive). Demgemäß wechseln die folgenden Darlegungen zwischen diesen beiden Perspektiven. Schlussfolgerungen sind aus einer Gesamtschau beider Perspektiven abzuleiten.

Die Stellungnahmen zu den Wirtschaftsforschungsinstituten sind am 23. Januar 1998 vom Wissenschaftsrat verabschiedet worden.

A. Tätigkeitsfelder und Ausstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute

Die Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste bilden eine durch verwandte Aufgabenstellungen in der empirischen Wirtschaftsforschung und in der wirtschaftspolitischen Beratung sowie durch hauptsächliche Zuwendungsgeber (insbesondere Bundesministerium für Wirtschaft, BMWi) verbundene Gruppe von wissenschaftlichen Einrichtungen. Ihr Bild in der Öffentlichkeit wird in starkem Maße von der regelmäßigen Gemeinschaftsdiagnose und -prognose zur konjunkturellen Lage geprägt. Daneben treten die Institute auch einzeln mit ihren Einschätzungen zur wirtschaftlichen Lage und mit wirtschaftspolitischen Empfehlungen an die Öffentlichkeit. Seit 1978 wird ferner im Auftrag des BMWi eine kontinuierliche Strukturberichterstattung durchgeführt. Die Strukturberichte dienen der gesamtwirtschaftlichen Analyse der sektoralen Entwicklung der Wirtschaftsbereiche. Sie werden seit einiger Zeit in einem zwischen den beteiligten Instituten wechselnden Turnus erarbeitet und veröffentlicht.

Der wichtigste, wenn auch nicht unbedingt publizitätswirksamste Tätigkeitsbereich der Institute liegt in einem breiten Spektrum von Forschungsfeldern, das empirische Analysen auf Makro-, Branchen-, Markt- und Mikroebene umfasst. Die Arbeiten werden zu einem guten Teil von Fragestellungen der Auftraggeber bestimmt, sie entspringen aber auch eigenen wissenschaftlichen Zielsetzungen der Institute. Sie reichen von stärker theoretisch akzentuierten Ansätzen bis zu Untersuchungen mit überwiegender Anwendungsorientierung. Die Arbeiten beruhen auf differenzierten Recherchen und statistischen Daten, die die Institute teils aufbereiten, teils selbst erheben. Beispiele hierfür sind Kapitalbestandsrechnungen und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Unternehmensbefragungen zur Konjunktur- und Investitionsentwicklung, Rohstoffpreisindizes sowie das Sozio-oekonomische Panel[3)], das der Arbeitsmarktforschung in Deutschland den Anschluss an die internationale Entwicklung auch in methodischer Hinsicht sicherte und heute auch Grundlage für komparative Studien an ausländischen Universitäten ist. Auf die Bedeutung dieser Aktivitäten für

---

[3)] Vgl. hierzu Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Sozio-oekonomischen Panel, in: Empfehlungen und Stellungnahmen 1994, Köln 1995, Bd. II, S. 161-183.

die Wissenschaft wird in den einzelnen Bewertungsberichten zu den Wirtschaftsforschungsinstituten näher eingegangen.

Theoretische Arbeiten zu den Methoden der quantitativen empirischen Wirtschaftsforschung wurden an den Wirtschaftsforschungsinstituten der alten Bundesländer in jüngerer Vergangenheit weniger gepflegt. Wichtige Forschungsfelder, auf denen im Gegensatz zur Analyse aktueller wirtschaftspolitischer Fragestellungen kein Zwang zu rascher Publikation und nicht nur ein vorwiegend nationales wirtschaftspolitisches Interesse an den Forschungsergebnissen besteht, blieben somit im Hintergrund.

Die Finanzmittel der Wirtschaftsforschungsinstitute in den alten Ländern betrugen im Jahre 1995 insgesamt rund 114 Mio. DM (74 Mio. Haushalts- und 39,7 Mio. DM Drittmittel, einschl. SOEP).[4)] Von den Drittmitteln, etwa ein Drittel der Mittel insgesamt, wurden 57,5 % von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt. Die Drittmittelbewilligungen der DFG beliefen sich 1995 auf rund 4,3 Mio. DM. Die Institute beschäftigten 1995 zusammen 913 Mitarbeiter (einschließlich Drittmittelpersonal). Für Wissenschaftler bestanden 421 Stellen.

Empirische Wirtschaftsforschung in Verbindung mit Aufgaben wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung wird in Deutschland innerhalb der Blauen Liste auch vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB)[5)], außerhalb der Blauen Liste von Universitätsinstituten und affiliierten Instituten sowie von außeruniversitären Einrichtungen, privatwirtschaftlich und von Gewerkschaften und Verbänden organisierten Instituten betrieben. Es besteht eine vielgestaltige, breit gefächerte Struktur von Einrichtungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten in fachlicher Hinsicht und in der Ausstattung.

---

4) Vgl. Tabelle im Anhang.

5) Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) vom 24.1.1997 (Drs. 2845-97).

B. Zur Frage der Angemessenheit des Vorgehens und der Bewertungskriterien

Aufgabe der Wirtschaftsforschungsinstitute ist empirische Wirtschaftsforschung und darauf basierende Politikberatung. Valide Politikberatung ist ohne qualifizierte Wissenschaft nicht möglich. Hierzu ist nicht nur die fortlaufende Rezeption der aktuellen Theorie- und Methodendiskussion des Faches vorauszusetzen. Vielmehr müssen die Institute, wollen sie stets auf der Höhe der Entwicklung ihres Faches bleiben, durch herausragende eigene Forschung in den Diskurs der maßgebenden Forscher national wie international einbezogen sein. Dies wird in erster Linie durch Beiträge zur Klärung wichtiger Methodenfragen der empirischen Wirtschaftsforschung beziehungsweise zur angewandten Forschung geschehen können. Grundlagenforschung im Sinne eigenständiger Beiträge zur Theoriebildung des Faches wird man dagegen nicht durchgängig erwarten können.

Vor diesem Hintergrund müssen die Institute nach Auffassung des Wissenschaftsrates als Einrichtungen der Blauen Liste im Grundsatz nach den - nachfolgend noch einmal zitierten - gleichen Kriterien bewertet werden wie die anderen Institute.[6)] Erläuterungen oder Ergänzungen sind nur zu den Kriterien (4), Publikationen, und (5), Drittmittel, erforderlich.

(1) Einbindung des Instituts in das Forschungsfeld national und international;

(2) Kohärenz der Forschungsplanung und des Forschungsprogramms sowie überzeugende Schwerpunktbildung;

(3) Selbständigkeit des Instituts, wobei Selbständigkeit nicht formalrechtlich, sondern materiell, wie z. B. bezüglich Forschungsplanung und Personalauswahl, zu verstehen ist;

(4) Wissenschaftliche Resonanz, insbesondere aufgrund qualifizierter Veröffentlichungen, darunter Aufsätze in referierten Fachzeitschriften;

[6)] Die zitierten Kriterien sind dem bei der Bewertung der Institute der Blauen Liste verwendeten Fragebogen entnommen (Drs. 2888-97).

(5) Einwerbung von Drittmitteln, darunter solcher, die in Verfahren intensiver Qualitätskontrolle vergeben werden;

(6) regelmäßige Qualitätskontrolle durch einen Wissenschaftlichen Beirat;

(7) Sicherung personeller Qualität (z. B. berufungsähnliche Verfahren für Abteilungsleiter, Weiterqualifizierung von Mitarbeitern, etwa durch Promotionen und Habilitationen) und Flexibilität (befristete Besetzung von Haushaltsstellen in Höhe von 30 bis 50 %; hoher Anteil von befristeten drittmittelfinanzierten Beschäftigungsverhältnissen);

(8) Kooperation mit Hochschulen im In- und Ausland;

(9) gemeinsame Berufungen des Institutsleiters und anderer leitender Wissenschaftler mit Hochschulen entsprechend den in diesem Zusammenhang bewährten unterschiedlichen Modellen;

(10) Beteiligung von Wissenschaftlern des Instituts an der Hochschullehre und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses;

(11) Rufe an Wissenschaftler des Instituts auf Lehrstühle an Hochschulen;

(12) Einladungen an Wissenschaftler des Instituts zu Vorträgen auf wichtigen nationalen und internationalen Konferenzen;

(13) Forschungsaufenthalte von Wissenschaftlern des Instituts an Instituten im Ausland;

(14) Forschungsaufenthalte von Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland am Institut.

Zur Frage der Publikationen (Kriterium 4) ist darauf hinzuweisen, dass angesichts der besonderen Thematik empirisch orientierter Arbeiten der Wirtschaftsforschungsinstitute und im Interesse der Aktualität ihrer Veröffentlichung referierte Zeitschriften mit ihrem langen Begutachtungsvorlauf und mit ihrem häufig auf theoretische Arbeiten gerichteten Interesse nur begrenzt in Betracht kommen. Es gibt aber auch wichtige referierte Zeitschriften, in denen Beiträge aus der empirischen Wirtschaftsforschung in großer Zahl erscheinen. Hierzu gehört z. B. das „European Economic Review“. Solche Zeitschriften sind für Veröffentlichungen aus dem Aufgabenbereich der Wirtschaftsforschungsinstitute hervorragend geeignet und entsprechend heranzuziehen.

Soweit die spezielle Thematik und ein besonderer Aktualitätsbezug von Veröffentlichungen einer Nutzung dieser Zeitschriften dennoch entgegen steht, sollten sich die Institute ein eigenes Publikationsorgan mit einem wirksamen System der Qualitätskontrolle schaffen. Wichtig ist, dass die Institute auch in diesen Fällen qualifizierte Veröffentlichungen so publizieren, dass sie dem wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs und damit einer Qualitätskontrolle sowie der öffentlichen Diskussion zugänglich sind.

Bei den von den Instituten eingeworbenen Drittmitteln (Kriterium 5) ist von den Wirtschaftsforschungsinstituten zu erwarten, dass sie zu einem nicht unerheblichen Teil auch solche Mittel einwerben, die in Verfahren intensiver Qualitätskontrolle vergeben werden. Dabei spielen Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft bisher nur eine geringe Rolle. Über die Ursachen hierfür gibt es unterschiedliche Auffassungen. Soweit das Argument herangezogen wird, dass die DFG bei Einrichtungen der Blauen Liste in den jeweiligen Hauptarbeitsgebieten nicht fördere und DFG-Mittel deshalb für die Wirtschaftsforschungsinstitute kaum zugänglich gewesen seien, so wird dieses Argument jedenfalls künftig entfallen. Nach dem Beschluss und Bericht der BLK zur „Sicherung der Qualität der Forschung"[7)] sollen künftig „... die Verfahren der Allgemeinen Forschungsförderung der DFG für alle BLE (Einrichtungen der Blauen Liste, GdW), die an der dafür erforderlichen Haushaltsaufstockung für die DFG teilnehmen, auch im Rahmen ihrer institutionell geförderten Hauptarbeitsrichtung offen sein."

Angesichts der besonderen Aufgaben der Wirtschaftsforschungsinstitute in der wirtschaftspolitischen Beratung und der Information der Öffentlichkeit ist im Übrigen Folgendes zu berücksichtigen:

- Bei der Auswahl ihrer Forschungsfelder sind die Wirtschaftsforschungsinstitute nicht allein von autonomen wissenschaftsimmanenten Zielsetzungen bestimmt; sie müssen sich vielmehr auch an aktuellen Problemen der angewandten Wirtschaftsforschung und der Wirtschaftspolitik und den daraus sich ergebenden Er-

---

7) Vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Sicherung der Qualität der Forschung. Bericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung vom 2.6.1997 in der Fassung der von den Regierungschefs am 3.7.1997 eingesetzten Arbeitsgruppe (von der BLK veröffentlicht mit Datum vom 3.11.1997), S. 22.

kenntnisinteressen derjenigen Institutionen orientieren, die sie beraten sollen.

- Zur Erfüllung dieses Zwecks müssen die Institute Arbeitskapazität und Kompetenz auch dort vorhalten, wo dies nicht durch aktuelle Forschungsinteressen und dafür wünschenswerte Schwerpunktbildungen motiviert ist. Nicht alle durch Aufträge Dritter ausgelöste Aktivitäten lassen sich als Forschung im engeren Sinne qualifizieren.
- Bei Auftragsarbeiten obliegt es vor allem auch den Auftraggebern, die Qualität der Arbeit durch geeignete Verfahren (z. B. Projektbeiräte, Vorstellung der Ergebnisse auf Symposien und Workshops) sicherzustellen. Es liegt im eigenen Interesse der Institute, zur Qualitätssicherung beizutragen.

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen sind die Wirtschaftsforschungsinstitute aber grundsätzlich wie die übrigen Institute der Blauen Liste nach den vom Wissenschaftsrat für diese Institute zugrunde gelegten Kriterien zu bewerten. Dabei sind die dargelegten Erläuterungen und Modifikationen hinsichtlich der Veröffentlichungspraxis und der Einwerbung von Drittmitteln zu beachten und angemessen zu gewichten.

Angemessen ist für die Wirtschaftsforschungsinstitute auch die bei der Bewertung der Institute der Blauen Liste geübte Vorgehensweise, das Kriterium der wissenschaftlichen Qualität als Basisvoraussetzung für die wissenschaftspolitischen Kriterien der überregionalen Bedeutung und des gesamtstaatlichen wissenschaftspolitischen Interesses zu behandeln. Die Bewertung der wissenschaftlichen Qualität schließt den in der Arbeit der Wirtschaftsforschungsinstitute vorherrschenden Typus der angewandten und empirischen Wirtschaftsforschung ein.

C. Rollenverteilung, Leistungsstand und organisatorische Strukturen der empirischen Wirtschaftsforschung und der wirtschaftspolitischen Beratung

C.I. Empirische Wirtschaftsforschung in Deutschland

Empirische Wirtschaftsforschung befasst sich mit einer großen Breite von Fragestellungen. Sie erfordert oft eine langfristig angelegte Kontinuität der Arbeit und muss schnell auf aktuelle Fragen und Probleme der Wirtschaftspolitik reagieren können. Dies ist ohne ein ausreichendes Reservoir an forschungserfahrenem Personal nicht möglich. Wer in diesem Bereich erfolgreich arbeiten will, muss ein Gespür für aktuelle wirtschaftspolitische Fragestellungen haben, die wirtschaftstheoretischen Erklärungsansätze kennen und die einschlägigen Instrumente und Methoden beherrschen. Dazu gehören die Fähigkeit zur Bewältigung großer Datenmengen ebenso wie Spezialkenntnisse über Märkte und Branchen und sorgfältig zu pflegende Verbindungen zu vielfältigen Partnern in anderen Ländern, um die notwendigen Informationsquellen rasch erschließen zu können. Der notwendige Hintergrund von Archiven, Bibliotheken und Datenbanken muss ständig aktualisiert werden. Alle diese Voraussetzungen sind bisher am ehesten in den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste zu erfüllen. Sie sind deshalb in Deutschland wesentliche Träger der empirischen Wirtschaftsforschung.

An den Hochschulen gehören Institute oder Lehrstühle, die explizit für empirische Wirtschaftsforschung ausgewiesen sind, noch nicht zur Standardausstattung wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten/Fachbereiche. In den letzten Jahrzehnten ist jedoch eine beträchtliche Zahl derartiger Universitätsinstitute eingerichtet worden (meist handelt es sich um eher klein dimensionierte Einrichtungen).

Auch aus diesem Grund wird empirische Wirtschaftsforschung mit dem Ziel, einen Beitrag zur Erkenntnis und Lösung konkreter wirtschaftspolitischer Probleme zu leisten, ebenfalls von Wirtschaftswissenschaftlern an Universitäten betrieben. Wesentlich erleichtert werden heutzutage empirische Forschungen außerhalb größerer Spezialinstitute durch die Möglichkeit des direkten Zugriffs auf Datenbanken und andere Materialquellen von jedem beliebigen, mit PC und Netzanschluss ausgestatteten Arbeitsplatz aus. Von der DFG geförderte Sonderforschungsbereiche und Forscher-

gruppen haben zur Stärkung der empirischen Wirtschaftsforschung an deutschen Hochschulen beigetragen.

Direkte Überschneidungen zwischen den Aufgabenfeldern der empirischen Forschung an den Hochschulen und in den Wirtschaftsforschungsinstituten sind überwiegend nicht zu beobachten. Dies liegt vor allem daran, dass in den Universitäten die Lehre eine wesentliche Rolle spielt und zudem die Personalfluktuation dort erheblich größer ist; unmittelbarer Zweck der Forschungstätigkeit ist bei jüngeren Wissenschaftlern meist die Höherqualifikation durch Promotion und Habilitation innerhalb bestimmter Fristen. Kontinuierliche empirische Arbeiten größeren Umfangs sind weniger leicht zu bewältigen. Die Arbeitsschwerpunkte sind oft personengebunden und wechseln entsprechend häufig; vielfach handelt es sich um Einzelstudien. Für viele Universitätsinstitute ist überdies die Anwendungsorientierung der Forschung in den eigenen Zielsetzungen nachrangig. Die Ausrichtung der Forschungsarbeit dieser Institute zielt auf die Grundlagen, die Entwicklung neuer Fragestellungen und die Methoden des Faches. Im Vordergrund stehen oft Arbeiten zur allgemeinen Methodentheorie (Statistik, Ökonometrie) und ökonomischen Theoriebildung einschließlich empirischer Tests der gebildeten Hypothesen.

Hinzu kommt, dass in weiten Bereichen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung Abstraktionsgrad und Formalisierung der theoretischen Grundlagen und Analyseverfahren derart zugenommen haben, dass die Relevanz der Forschungsergebnisse für reale wirtschaftliche Strukturen und Prozesse vielfach nicht mehr erkennbar ist. Gefördert wird diese Entwicklung durch die leichtere Aufnahme, die solche Beiträge gerade wegen ihrer starken Abstraktion von oft nur regional gültigen Strukturen in der internationalen „scientific community" finden.

Hinweise auf mangelnde institutionelle Konzentration in den Wirtschaftswissenschaften in Deutschland ergeben sich aus einer für zwölf europäische Länder und für die Jahre 1987 bis 1994 durchgeführten bibliometrischen Analyse wirtschaftswissenschaftlicher Veröffentlichungen von Fakultäten/Fachbereichen und Instituten der Blauen Liste in 150 internationalen, im Social Science Citation Index enthaltenen

Fachzeitschriften.[8)] Danach gibt es in Deutschland vergleichsweise wenige Fakultäten/Fachbereiche, die produktiver sind als die führenden Einrichtungen selbst in sehr viel kleineren Ländern. Von den insgesamt knapp 70 deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten/Fachbereichen sind 16 in der Ranking-Liste enthalten. Zu den produktivsten Institutionen in Deutschland gehören die wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Bonn, München, Kiel, Mannheim und Köln. Von den fünf Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste ist in der deutschen Ranking-Liste nur das Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, und zwar an vierter Stelle vor den Fakultäten/Fachbereichen Mannheim und Köln vertreten. An neunter Stelle steht das Wissenschaftszentrum Berlin.

Ein besonderes Problem empirischer Forschung in Deutschland erwächst schließlich daraus, dass den Wissenschaftlern zwar makroökonomische Daten der amtlichen Statistik und der Institute prinzipiell zugänglich sind, dass ihnen aber seit Beginn der 70er Jahre der Zugang zu amtlichen Einzeldaten aus Datenschutzgründen weitgehend versperrt ist. Bemühungen um „Public Use Files" verliefen bis vor kurzem ergebnislos. Es gab auch praktisch kaum Möglichkeiten, über eine zeitweise Integration universitärer Forscher in die datenproduzierende Administration empirische Forschung mit amtlichen Daten zu betreiben. Auch die Daten der Wirtschaftsforschungsinstitute, die mit öffentlichen Mitteln beschafft oder erstellt werden, standen bis vor einigen Jahren empirisch forschenden Wirtschaftswissenschaftlern - mit Ausnahme der Daten des Sozio-oekonomischen Panels - häufig nicht zur Verfügung.

C.II. Aspekte der empirischen Wirtschaftsforschung im Ausland

In der wirtschaftswissenschaftlichen Fachdiskussion wird seit Mitte der 80er Jahre die Dominanz der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in den USA[9)] und die international vergleichsweise schwache Position der kontinentaleuropäischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung diskutiert, die besonders in der empirischen

---

8) Vgl. Kirman, Dahl: Economic Research in Europe, a.a.O., S. 33 ff.

9) Vgl. Portes, Richard: Economics in Europe, in: European Economic Review, vol. 31, no. 6, S. 1329-40, North-Holland.

Wirtschaftsforschung gesehen wird.[10)] Als Ursachen hierfür werden Probleme der Sprache (relative Benachteiligung von nichtenglischsprachigen Veröffentlichungen), der Methoden (Überbetonung von prognostischen und deskriptiven statt analytischen Arbeiten), der Ausbildung (Defizite in der Postgraduierten-Ausbildung) und der Konzentration von Forschungseinrichtungen (Schwerpunktbildung) genannt.

Im Folgenden werden für ausgewählte Länder Charakteristika der empirischen Wirtschaftsforschung dargestellt, die für die hier behandelte Fragestellung relevant sind und die sich zum größten Teil aus Befragungen von Sachverständigen aus diesen Ländern ergeben haben.

In den **USA** ist die wirtschaftswissenschaftliche Forschung arbeitsteilig zwischen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen organisiert. Doch gibt es eine wechselseitige Verflechtung zwischen Hochschul- und außeruniversitärer Wirtschaftsforschung. So wird Theoriebildung und die empirische Überprüfung von Erklärungsansätzen in erster Linie an Universitäten geleistet. Aber auch angewandte Wirtschaftsforschung im Sinne der Politikberatung wird zu einem ganz erheblichen Teil von Wissenschaftlern durchgeführt, die an Hochschulen und Universitäten lehren. Hier allerdings spielen außeruniversitäre Einrichtungen und so genannte „think tanks" eine maßgebliche Rolle. Ihre spezielle Bedeutung ergibt sich daraus, dass sie eine doppelte Aufgabe wahrnehmen: Zum einen führen sie durch die Beschäftigung von Wissenschaftlern selbst Forschungsprojekte durch. Zum anderen regen sie Forschungsarbeiten an, indem sie selbst Projekte finanzieren und an Wissenschaftler vergeben, die innerhalb namhafter Universitäten arbeiten. Insofern wird auch die Wirtschaftsforschung dieser Einrichtungen in erheblichem Umfang von Hochschullehrern durchgeführt. Auf diese Weise können die außeruniversitären Institute Breite und Flexibilität ihres Leistungspotentials vergrößern.

Die außeruniversitären Institutionen finanzieren sich zu unterschiedlichen Teilen aus privaten und öffentlichen Mitteln. Darüber hinaus gibt es rein privat finanzierte Ein-

---

[10)] Vgl. Portes, Richard: Economics in Europe, a.a.O., S. 1333 und Kirman, Alan/Mogens, Dahl: Economic Research in Europe, European University Institute, Florence 1996, S. 9. Vgl. auch Felderer, B./Campbell, D.F.J.: Die Evaluation der akademischen Forschung im internationalen Vergleich: Strukturen, Trends und Modelle, Wien 1997, S. 31 und 197. Die von den Herausgebern des „European Economic Review" für die Jahre 1990 bis 1994 mitgeteilten Akzeptanzraten für Veröffentlichungen nach Ländern deuten in die gleiche Richtung (European Economic Review 40 (1996), S. 1154-1157).

richtungen einerseits und rein öffentlich finanzierte Institute andererseits. Zu letzteren gehören das Census Bureau of Economic Analysis und das Bureau of Labor Statistics, die vor allem die Aufgabe haben, Datenmaterial zu sammeln und aufzubereiten und es für wissenschaftliche Forschung und Politikberatung zugänglich zu machen.

Zur Illustration sei auf zwei renommierte außeruniversitäre Wirtschaftsforschungseinrichtungen der USA kurz hingewiesen:

Das im Jahre 1920 gegründete **National Bureau of Economic Research (NBER)** ist eine Non-Profit-Organisation und wird mit privaten und öffentlichen Mitteln finanziert. Es beschäftigt 45 Mitarbeiter. Die Forschungsarbeit wird von einem Netzwerk renommierter Wirtschaftswissenschaftler innerhalb und außerhalb von Hochschulen in den USA und im Ausland geleistet, das 300 Research Associates und 150 Faculty Research Fellows umfasst.

Die **Brookings Institution** gehört zu den ältesten „think tanks" in den USA; sie wurde im Jahre 1916 als Stiftung gegründet und verfügt derzeit über einen Etat von rund 20 Mio. Dollar jährlich. Dabei werden ein Drittel der Forschungsarbeit aus dem Stiftungskapital (derzeit rd. 125 Mio. $) und zwei Drittel aus einzuwerbenden Drittmitteln finanziert. Brookings verfügt neben zwei politikwissenschaftlich orientierten Abteilungen über eine große Abteilung für wirtschaftswissenschaftliche Studien, in der gegenwärtig 36 Wissenschaftler beschäftigt sind. Das Institut achtet darauf, dass in keinem Fall mehr als die Hälfte der Kosten eines Projekts von einem einzigen Geldgeber finanziert wird.

In **Großbritannien** wird wirtschaftswissenschaftliche Forschung ganz überwiegend an Hochschulen und Universitäten betrieben. Das gilt auch für die empirische Wirtschaftsforschung, da sich in den letzten beiden Jahrzehnten die Schwerpunkte von außeruniversitären Instituten hin zu Universitätsinstituten verlagert haben. Die Gründe für diese Verlagerung werden darin gesehen, dass sich außeruniversitäre Institute mit unbefristet beschäftigten Mitarbeitern als zu wenig flexibel erwiesen haben. Vorherrschend sind deshalb in Großbritannien heute spezialisierte Institute innerhalb

und außerhalb der Hochschulen, die nur relativ wenige Mitarbeiter fest engagieren. Darüber hinausgehende Fachkompetenz wird mit Hilfe von Netzwerken eingeworben. Die Vorteile solcher Netzwerkstrukturen werden in der Breite der fachlichen Kompetenz, die auf diese Weise mobilisiert werden kann, und in der finanziellen Unabhängigkeit anwendungsorientierter Wirtschaftsforschung gesehen.

Als prominentes Beispiel ist das Mitte der 1980er Jahre gegründete „**Centre for Economic Policy Research (CEPR)"** in London zu nennen. Es beschäftigt lediglich 20 Mitarbeiter, die selbst weder institutionell finanzierte Forschung noch Auftragsforschung durchführen. Finanziert wird das CEPR zu einem Drittel durch institutionelle Förderung (private Stiftungen, Zentralbanken, U.K. Economic and Social Research Council, Wirtschaftsunternehmen) und zu zwei Dritteln im Wege der Auftragsforschung (z. B. durch die Europäische Kommission, private Stiftungen, Ministerien und kooperierende Institutionen).[11)] Die vom CEPR initiierten, eingeworbenen und/oder unterstützten Forschungsprojekte werden von einzelnen Wirtschaftsforschern aus universitären und außeruniversitären Einrichtungen durchgeführt, die vom CEPR im Einzelfall für eine konkrete Aufgabe engagiert werden. Das auf diese Weise aufgebaute internationale Netzwerk umfasst zurzeit über 300 Forscher aus einer ganzen Reihe von europäischen Ländern.

Setzen die angelsächsischen Länder somit weniger auf feste außeruniversitäre Institutsstrukturen als vielmehr auf flexible Netzwerke von Wirtschaftswissenschaftlern innerhalb und außerhalb von Hochschulen und (in vielen Fällen) auf die Unabhängigkeit der Forschung bedachte Finanzierungsmodi, so stellt das „**französische System** der angewandten Wirtschaftsforschung"[12)] eine davon sehr verschiedene Alternative dar. Es wird von staatlichen und staatsnahen Einrichtungen dominiert; dabei nimmt das Commissariat General au Plan (CGP) nach wie vor eine zentrale Position ein. Das Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE) ist für die nationale Wirtschaftsstatistik verantwortlich und betreibt auch selbst empirische Wirt-

---

11) Vgl. Portes, Richard: “The Centre for Economic Policy Research: A "Think Net" Model", in: Think tanks in a democratic society - an alternative voice, hrsg. von Jeffrey Telgarsky, Makiko Ueno, The Urban Institute, Washington, D.C. 1996, S. 73 ff. sowie CEPR, Annual Report 1995/96.

12) "On peut dire que le "système français d'économie appliquée est totalement dominé par l'Etat central" (Alain d'Iribarne, Directeur de Recherche au CNRS: Quelques indications sur "l'organisation et fonctionnement de la recherche économique empirique en France" (unveröffentlichtes Manuskript).

schaftsforschung, besonders zu makroökonomischen Fragen. Dem Institut ist eine Hochschule (Ecole Nationale de la Statistique et de l'Administration Economique, ENSAE) angeschlossen, in der empirisch orientierte Wirtschaftswissenschaftler für staatliche und private Einrichtungen ausgebildet werden. Speziell für wirtschaftswissenschaftliche Prognosen besteht - beim Finanzministerium - ein besonderes Direktoriat (Direction de la Prevision), das auf den wirtschaftsstatistischen Arbeiten des INSEE aufbaut.

Obwohl das INSEE der Aufsicht des französischen Finanzministeriums unterstellt ist, legt es selbst großen Wert auf Unabhängigkeit, Objektivität und Qualität der Forschung. Doch hat zunehmende Unzufriedenheit bei Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern mit der allzu großen Staatsnähe der führenden französischen Institutionen Ende der 70er Jahre zur Errichtung so genannter autonomer Institute mit dem Ziel der Erarbeitung alternativer wirtschaftswissenschaftlicher Analysen geführt (z. B. Observatoire Francais des Conjonctures Economiques, OFCE).

Für das Verständnis des französischen Systems der empirischen Wirtschaftsforschung ist zum einen wichtig, dass das Hochschulsystem aus Universitäten und grandes ecoles besteht und sich die Wirtschaftswissenschaftler an den Universitäten auf die Lehre konzentrieren. Sie betreiben daher kaum eigene wirtschaftswissenschaftliche Forschung. Zum anderen ist zu bedenken, dass im Studium der Wirtschaftwissenschaften an französischen Universitäten noch heute die Beschäftigung mit institutionellen Fragen und sozialen Aspekten im Vordergrund steht und die Ausbildung in wirtschaftwissenschaftlicher Analyse und vor allem in der empirischen Forschung eher eine nachrangige Rolle spielt.[13)]

Im Gegensatz zu Frankreich spielen in **Belgien** und in den **Niederlanden** Wirtschaftswissenschaftler und Institute an Universitäten und Hochschulen eine zentrale Rolle. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang in Belgien z. B. die Katholische Universität Louvain La Neuve (Centre for Operations Research and Econometrics, CORE) und die Freie Universität Brüssel, in den Niederlanden z. B. die Erasmus

13) Vgl. Albert, Michel: France, in: Joseph A. Pechman (Hrsg.): The role of the economist in government: an international perspective, New York (u. a.) 1989, S. 73 ff.

Universität Rotterdam und die Universitäten in Amsterdam, Tilburg, Groningen und Limburg. Empirische Wirtschaftsforschung wird in den Niederlanden aber auch von öffentlich finanzierten außeruniversitären Instituten, von der Zentralbank und von privaten Organisationen betrieben. Wirtschaftswissenschaftliche Analysen werden zum größten Teil von der Regierung und privaten Organisationen initiiert und als Aufträge vergeben, zum Teil auch von Forschungsinstituten angeregt und mit öffentlichen Mitteln finanziert.

In den Niederlanden besteht mit dem CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis eine Einrichtung, zu der es in Deutschland kaum eine Parallele gibt. Es wurde nach dem zweiten Weltkrieg als Central Planning Bureau (CPB) gegründet und hat die Aufgabe, unabhängige Wirtschaftsprognosen und empirische wirtschaftspolitische Analysen für die Regierung, politische Parteien und öffentliche Organisationen zu erstellen. Die halbjährlich erarbeiteten Prognosen sind die offizielle Grundlage für finanzpolitische Entscheidungen in den Niederlanden. Obwohl das Institut vom Wirtschaftsministerium getragen wird, das ihm auch den Zugang zu vertraulichen Informationen gewährt, legt das CPB auf eine unabhängige Position Wert und veröffentlicht periodisch die relevanten Daten, Modellinformationen und Analysen. In Belgien besteht mit dem Federal Planning Bureau eine Einrichtung mit ähnlichen Aufgaben und einer vergleichbaren Mischung aus Staatsnähe und wissenschaftlicher Unabhängigkeit.

Ein großer Teil der empirischen Wirtschaftsforschung in den USA und Großbritannien basiert auf Einzeldaten von Personen, Haushalten und Unternehmen, wobei Verlaufsdaten im Vordergrund stehen. Hierfür steht der universitären Forschung in den USA in Form von Public Use Files offizieller Statistiken und Längsschnitterhebungen ein sehr umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung. Außerdem können sich Forscher an Arbeiten der beiden wichtigsten öffentlichen Datenproduzenten, des Census Bureau of Economic Analysis und des Bureau of Labor Statistics, z. B. an der Gestaltung von Erhebungsprogrammen, beteiligen. Die Situation in Großbritannien ist zum Teil ähnlich. Hier hat eine starke Zentralisierung der Datenbestände mit leichter Zugänglichkeit für Forscher an der Universität Essex stattgefunden. Größere Rechenwerke wie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung werden vom Office for National

Statistics erstellt, während die kontinuierliche Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der Erarbeitung von Prognosen im Wettbewerb von Einrichtungen wahrgenommen wird, an dem das Finanzministerium, die Bank of England sowie eine Vielzahl weiterer, meist privater Einrichtungen beteiligt sind.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Bild der Organisationsformen empirischer Wirtschaftsforschung in den betrachteten Ländern sehr vielgestaltig ist. Vor allem in den angelsächsischen Ländern wird keine Notwendigkeit gesehen, leistungsfähige Forschung in großen außeruniversitären Einrichtungen mit weitgehend unbefristet beschäftigten Mitarbeitern zu organisieren. Universitätsnahe Forschung hat sich in einigen Ländern tendenziell durchgesetzt, unter anderem wegen der Flexibilität des Forschungspersonals. Wichtig ist auch, dass angesichts der Fortschritte in der Datenverarbeitung, die die effektive Verarbeitung großer Datenmengen auch in kleineren Einrichtungen erlauben, datenproduzierende Einrichtungen, wie z. B. die amtliche Statistik, künftig flexibel den Bedarf der empirischen Wirtschaftsforschung berücksichtigen, Rohdaten in der benötigten Form aufbereiten und in geeigneten Fällen in speziellen Indizes konzentrieren. Für die empirische Wirtschaftsforschung besteht in dieser Hinsicht in Deutschland ein Defizit.

C.III. Aspekte wirtschaftspolitischer Beratung in Deutschland und im Ausland

Im Folgenden werden Charakteristika der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland und in ausgewählten Ländern dargestellt, die sich weitgehend aus Befragungen von Sachverständigen ergeben haben und die für die hier behandelte Fragestellung relevant sind.

Regierungen, Parlamente, Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Gruppen und die Öffentlichkeit benötigen in modernen marktwirtschaftlich orientierten Industrieländern mit großen, hoch entwickelten und komplexen Wirtschaftssystemen aktuelle und analytisch bestmöglich abgesicherte wirtschaftspolitische Beratung.[14)] Die gesellschafts-

[14)] Vgl. Zarnowitz, Victor: Answers to the Questionnaire of the Wissenschaftsrat. Paper prepared in connection with the video conference on July 1st, 1997.

politische Bedeutung wirtschaftspolitischer Beratung ist deshalb hoch einzuschätzen. Für Beratungsleistungen, die diesen Ansprüchen genügen, wird in manchen Ländern ein Markt gesehen, auf dem auf längere Sicht die Qualität des Produkts entscheidend für Erfolg oder Misserfolg ist. In anderen Ländern wird bei marktwirtschaftlichen Lösungen eher die Gefahr der Unterversorgung und damit die Notwendigkeit gesehen, kontinuierliche, unabhängige und qualifizierte wirtschaftspolitische Beratung durch staatliche Finanzierung zu sichern. In Großbritannien ist die Tendenz deutlich, eher dem Markt für wirtschaftspolitische Ideen und Konzepte zu vertrauen und Institutionalisierung eher zu vermeiden, während man in kontinentaleuropäischen Ländern und auch in den USA eher auf Mischsysteme von institutionalisierten und wettbewerblichen Lösungen setzt.

Leistungsfähige wirtschaftspolitische Beratung ist in unterschiedlichen organisatorischen Strukturen möglich. Zentral für die Qualität sind im Wesentlichen drei Gesichtspunkte:

- Qualität der wissenschaftlichen Fundierung;
- Unabhängigkeit;
- Transparenz der Beratungsprozeduren.

In den USA wird bei der Beratung des Präsidenten mit dem Council of Economic Advisors dem Modell institutionalisierter interner Beratung der Vorzug gegeben. Die wirtschaftspolitische Beratung des Präsidenten findet in einem sehr kleinen Kreis landesweit namhafter Fachleute statt, wobei die ausgewählten Experten überwiegend renommierte Wissenschaftler aus den im Fach führenden Universitäten sind. Wichtig ist, dass sie das politische Vertrauen des Präsidenten besitzen. Der Senat und das Repräsentantenhaus sowie weitere politische Institutionen verfügen jeweils über eigene Beratungsgremien.

In Großbritannien steht institutionalisierte externe Beratung nicht im Zentrum des Beratungsmodells und wird offensichtlich so auch nicht gewünscht; der Rat kompetenter Fachleute, vorzugsweise Wissenschaftler aus den Universitäten, findet tendenziell

eher Gehör als der von Institutionen. Zunehmend wird auf Netzwerke der national und international besten Experten zu bestimmten Fragestellungen gesetzt. Die Qualität der wissenschaftlichen Fundierung wird dem Wettstreit der offenen wirtschaftspolitischen und auch der akademischen Debatte anvertraut. Unabhängigkeit wird vorwiegend durch Vielfalt der Finanzierungsquellen und informelle Spielregeln (z. B. Vermeidung von Auflagen bei der Mittelvergabe und allzu großer Nähe zum Mittelgeber) gesichert. Der Gesichtspunkt der Transparenz des Beratungsverfahrens steht weniger im Vordergrund.

In Deutschland wird dem Gesichtspunkt der Unabhängigkeit durch externe Beratung große Bedeutung zugemessen. Die sehr differenzierte Struktur von Gremien und Institutionen (Sachverständigenrat, Wirtschaftsforschungsinstitute, Wissenschaftliche Beiräte der Ministerien, Kommissionen etc.) mit den auch innerhalb der Gremien wohl ausgewogenen Regeln zur Sicherung von Unabhängigkeit und Meinungsvielfalt signalisieren das Bestreben und auch das Selbstverständnis vieler dieser Gremien, in der Diskussion wirtschaftspolitischer Fragen ideologische Positionen durch eine möglichst breite und vollständige Palette von Fach- und Sachargumenten zu ersetzen und im Prozess der Abwägung und Konsensbildung die fundierteste und so breit wie möglich abgesicherte Problemlösung zu finden. Interne wirtschaftspolitische Beratung wird in Deutschland weniger geschätzt, da sie die Trennungslinie zwischen Politik und unabhängiger Beratung überschreitet.[15)] Zur Qualitätssicherung werden im wesentlichen die gleichen Mechanismen eingesetzt: Während im Sachverständigenrat und in den wissenschaftlichen Beiräten überwiegend Wissenschaftler aus den Hochschulen an der Beratung beteiligt sind, werden außeruniversitäre Wirtschaftsforschungsinstitute in ergänzenden, korrespondierenden Verfahren konsultiert.

Die Frage nach der Leistungsfähigkeit der unterschiedlichen Systeme ist nicht einfach zu beantworten. Geht man von der Unterscheidung interner und externer Beratung aus, so haben sich keine zuverlässigen Hinweise ergeben, dass interne Strukturen leistungsfähiger als externe sind.[16)] Die amerikanische interne Beratung ist sehr

---

15) Vgl. Kloten, Norbert: West Germany, in: Pechman: The role of the economist in government, a.a.O., S. 53.
16) Vgl. Pechman: The role of the economist in government, a.a.O., S. X.

stark auf das Präsidialsystem mit institutionalisierter Gewaltentrennung und alternierendem Parteiensystem zugeschnitten.

Wichtiger als die Unterscheidung interner und externer Beratung ist die Frage nach den zentralen Strukturelementen guter wirtschaftspolitischer Beratung. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates gehört hierzu mit Vorrang die Sicherung der Qualität durch wissenschaftliche Fundierung. Qualifizierte Leistungen in der wirtschaftswissenschaftlichen, insbesondere der empirischen Forschung, bestätigt durch anerkannte Publikationen, sind hervorragende Voraussetzungen für gute wirtschaftspolitische Beratung. Hinzukommen muss die intensive Beteiligung an der öffentlichen Debatte um die besten wirtschaftspolitischen Ideen und Konzepte, die Unabhängigkeit der Beurteilung, wirksame Mechanismen der Qualitätskontrolle sowie nicht zuletzt die knappe, allgemein verständliche Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

Als entscheidend für die Güte wirtschaftspolitischer Beratung wird die wissenschaftliche Kompetenz der Berater gesehen, nicht die Größe der beteiligten Institutionen. Für die Qualitätssicherung besonders Erfolg versprechend erscheint die Form wissenschaftlicher Zusammenarbeit in so genannten Netzwerken, wie es sich auch seit langer Zeit in anderen Wissenschaftsbereichen, insbesondere in den Naturwissenschaften, bewährt hat. Solche Netzwerke eignen sich für die Konzentration auf wissenschaftspolitische Einzelfragen gut und erlauben vor allem auch internationale Zusammenarbeit. Der Anteil der universitären Forschung in der wirtschaftspolitischen Beratung ist in den angelsächsischen Ländern sowie in den Niederlanden und Belgien im Vergleich zu Deutschland hoch.

Den Bewertungsberichten zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste sind Hinweise zu entnehmen, dass nicht in allen Instituten die Qualität der wissenschaftlichen Fundierung durchgängig im notwendigen und wünschenswerten Maße gegeben ist. In einzelnen Instituten sind deutliche Tendenzen mangelnder Flexibilität in der Personalbewirtschaftung und der Isolierung von der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung an den Universitäten erkennbar.

Auch wenn der Wissenschaftsrat vergleichbare Bewertungen von Wirtschaftsforschungseinrichtungen der Hochschulen nicht durchgeführt hat, liegen deutliche Anzeichen dafür vor, dass die Wirtschaftswissenschaften an den Hochschulen empirische Wirtschaftsforschung allzu häufig den außeruniversitären Instituten überlassen, praxisrelevante Fragestellungen zu wenig aufgreifen und sich tendenziell auf die in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachwelt stärker geschätzte theoretische und methodische Forschung zurückziehen. Auch scheint das Bestreben größerer Wirtschaftsforschungsinstitute an den Hochschulen, sich auf Ausschreibungen empirischer Forschungsthemen und der Auftragsforschung zu bewerben, nicht immer so ausgeprägt zu sein, wie dies wünschenswert und notwendig wäre. Zu selten noch wird bei den Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen auch das Bestreben erkennbar, wichtige Forschungsergebnisse für Entscheidungsträger überblicksartig zusammenzufassen und allgemein verständlich zu vermitteln.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass empirische Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitische Beratung in den Wirtschaftsforschungsinstituten und an Universitäten sowie das Zusammenwirken beider verbesserungsbedürftig ist.

D. Stellungnahme und Empfehlungen

Der Wissenschaftsrat hat die Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste nach den mit Zustimmung von Bund und Ländern beschlossenen und von den in der „Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz" (WGL) zusammengeschlossenen Instituten akzeptierten Kriterien und Verfahrensgrundsätzen für alle Institute der Blauen Liste bewertet. Da die Wirtschaftsforschungsinstitute die Schwerpunkte ihrer Arbeit in der empirischen Wirtschaftsforschung und in der wirtschaftspolitischen Beratung sehen, stellte sich die Frage, ob mit Blick auf diese spezifische Schwerpunktsetzung die Bewertungskriterien zu modifizieren und/oder andere zusätzliche Kriterien heranzuziehen sind, die für andere Institute der Blauen Liste nicht anzulegen sind.

Grundsätzlich sind auch für die Wirtschaftsforschungsinstitute die vom Wissenschaftsrat für die Bewertung der Institute der Blauen Liste beschlossenen Kriterien anzuwenden. Der Wissenschaftsrat hält die im Text (vgl. Kapitel B) beschriebenen Modifikationen bei den Publikationen (Kriterium 4) und der Einwerbung von Drittmitteln (Kriterium 5) für wesentlich. Darüber hinaus wird kein Bedarf an Modifikationen gesehen.

Die auf den Seiten 9 und 10 genannten Gesichtspunkte sind in diesem Zusammenhang ebenfalls zu berücksichtigen.

Im Zuge der Erarbeitung der vorliegenden Stellungnahmen haben sich Hinweise darauf ergeben, dass der Status der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland - auch im internationalen Vergleich - Anlass zu einer Reihe von Fragen gibt und daher eine breit angelegte Untersuchung zur Struktur, Organisation und Leistungsfähigkeit der empirischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Deutschland notwendig und förderlich ist. Der Wissenschaftsrat empfiehlt nachdrücklich, diese Untersuchung möglichst bald durchzuführen und Fragen der theoretischen Wirtschaftsforschung mit einzubeziehen, soweit dies für den Untersuchungszweck angebracht ist. Im Anschluss daran sollte es zu weiteren Strukturempfehlungen kommen, die auch die Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste einschließen.

Der internationale Vergleich hat gezeigt, dass qualifizierte wirtschaftspolitische Beratung innerhalb unterschiedlicher organisatorischer Strukturen möglich ist. Unabhängig von Einzelheiten solcher organisatorischer Strukturen ist es von elementarer Bedeutung für qualifizierte wirtschaftspolitische Beratung, dass den Kriterien der

- Qualität der wissenschaftlichen Fundierung,
- Unabhängigkeit und
- Transparenz der Beratungsprozeduren

entsprochen werden muss.

Auch wenn die empfohlene Untersuchung zur Struktur, Organisation und Leistungsfähigkeit der empirischen Wirtschaftsforschung nicht vorliegt, so können auf der Grundlage der vorliegenden Informationen im einzelnen folgende Empfehlungen gegeben werden, die auch nach Vorliegen der Strukturuntersuchung Bestand haben werden:

- Die Kooperation von Instituts- und Hochschulforschung in den Wirtschaftswissenschaften muss dringend verstärkt und intensiviert werden. Dies betrifft sowohl die Zusammenarbeit im personellen Bereich als auch die Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte bis hin zur Beteiligung an Sonderforschungsbereichen.
- Die Zusammenarbeit von Wirtschaftswissenschaftlern sollte generell enger geknüpft und dabei der internationalen Kooperation besonderes Augenmerk geschenkt werden.
- Die Wirtschaftsforschungsinstitute sollten sich ein klar strukturiertes und konsistentes Forschungsprofil geben.
- Die Auftraggeber sollten wirksame Anreize zur Bildung von zeitlich jeweils befristeten Netzwerken dadurch setzen, dass in geeigneten Fällen die Vergabe von Forschungsaufträgen daran gebunden wird, inwieweit für die Bearbeitung von Projekten die national und international besten Experten gewonnen werden.
- Zu verbessern sind der für viele Forscher in den Universitäten unzureichende Zu-

gang zu und die weitgehend fehlenden Einflussmöglichkeiten auf die Erstellung wichtiger wirtschaftswissenschaftlicher Datenbasen der amtlichen Statistik und der Institute.

- Die Haushalte der Wirtschaftsforschungsinstitute sollten flexibilisiert werden.

  In geeigneten Fällen sollten die Institute externe Sachkompetenz nutzen.

- Die Institute sollten einen angemessenen Anteil ihrer Arbeiten aus Drittmitteln finanzieren und hierfür einen hohen Anteil befristet finanzierter Beschäftigungsverhältnisse vorsehen.

- Es sollten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel ergriffen werden, die starren Stellenprinzipien der Wirtschaftsforschungsinstitute aufzulockern. Frei werdende Stellen sollten befristet besetzt werden, um den Anteil der Dauerstellen entsprechend der vom Wissenschaftsrat auch für andere Wissenschaftsinstitutionen geforderten Personalpolitik zu senken.

- Zur Intensivierung der Qualitätskontrolle der Wirtschaftsforschungsinstitute ist in kürzeren Abständen als bisher auf Abteilungsebene eine Peer-Review-Bewertung der wissenschaftlichen Arbeit notwendig.

- Die staatlichen Auftraggeber und der Wissenschaftliche Beirat sollten die von ihnen praktizierten Verfahren der Qualitätskontrolle durch geeignete Maßnahmen, wie z. B. durch verstärkte Einbeziehung externer Sachverständiger, intensivieren.

- Die Institute sollten ihre Veröffentlichungspraxis gemeinsam mit dem Ziel überprüfen, die Stimme der Institute in der wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Debatte wirksamer als bisher zu Gehör zu bringen. Mit Blick auf wichtige originäre wissenschaftliche Beiträge könnten die Institute eine gemeinsame referierte Schriftenreihe herausgeben, mit der sich die Institute speziell der internationalen Fachöffentlichkeit stellen. Vor allem aber müssen die Institute Mitarbeitern, besonders dem wissenschaftlichen Nachwuchs, in geeigneten Fällen die Gelegenheit geben, Aufsätze in wichtigen nationalen und internationalen Fachzeitschriften zu veröffentlichen.

- Die öffentlichen Auftraggeber sollten ihre Ausschreibungspraxis mit dem Ziel überprüfen, ob und wie der Kreis der Bewerber noch stärker als bisher erweitert werden kann, vor allem Wissenschaftler aus den Hochschulen stärker erreicht

werden können und so der Wettbewerb verstärkt werden kann. Die Erweiterung sollte explizit auch mit dem Ziel vorgenommen werden, die Bildung von Forschungsverbünden aus außeruniversitären Forschern, Hochschulforschern und Wissenschaftlern aus volkswirtschaftlichen Abteilungen/Stäben der privaten Wirtschaft zu fördern und die Beratungspraxis durch Einbeziehung ausländischer Wissenschaftler stärker zu internationalisieren.

- Hinsichtlich der Gemeinschaftsdiagnose und -prognose zur konjunkturellen Lage und Entwicklung und der Strukturberichterstattung muss geprüft werden, ob und gegebenenfalls wie unter den Gesichtspunkten der Optimierung der Information und leistungsfähiger wirtschaftspolitischer Beratung die bestehenden Vergabemodalitäten stärker geöffnet und dem Wettbewerb zugänglich gemacht werden können.

Anhang
Haushaltsmittel und Personal der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute

Art der Haushaltsmittel / Art der Personalstellen	Jahre	Haushaltsmittel (TDM) bzw. Personalstellen					
		Institute insgesamt[1]	ifo München	DIW Berlin	HWWA Hamburg[2]	RWI Essen	IfW Kiel[3]
Haushaltsmittel/Grundhaushalt	1994	55.720,6	14.362,0 (I)	k.A.	20.674,3 (I)	7.887,0 (I)	12.797,4 (S)
	1995	74.003,0	15.400,4 (S)	16.813,3 (I)	21.388,0 (S)	7.548,5 (S)	12.852,8 (S)
	1996	62.648,8	15.817,6 (S)	16.727,4 (S)	22.575,0 (S)	7.528,8 (S)	k.A.
davon: - Verwaltungseinnahmen und sonstige Einnahmen	1994	6.243,2	1.640,0 (I)	k.A.	1.958,1 (I)	625,0 (I)	2.496,2 (S)
	1995	6.456,4	1.085,5 (S)	864,2 (I)	1.418,0 (S)	539,5 (S)	2.549,2 (S)
	1996	3.696,0	1.125,5 (S)	437,0 (S)	1.608,0 (S)	525,5 (S)	k.A.
- Zuwendungen des Bundes/Sitzlandes (institutionelle Förderung)	1994	49.477,4	13.198,0 (I)	k.A.	18.716,2 (I)	7.262,0 (I)	10.301,2 (S)
	1995	67.546,6	14.314,9 (S)	15.949,1 (I)	19.970,0 (S)	7.009,0 (S)	10.303,6 (S)
	1996	58.952,8	14.692,1 (S)	16.290,4 (S)	20.967,0 (S)	7.003,3 (S)	k.A.
Haushaltsmittel/ Auftragshaushalt - Drittmittel	1994	36.174,2	15.501,9 (I)	13.063,0 (I)[4]	1.981,0 (I)	2.008,0 (I)	3.620,3 (I)
	1995	39.681,6	18.767,5 (I)	13.994,0 (I)[5]	1.300,0 (S)	2.427,0 (I)	3.193,1 (I)
	1996	30.322,1	15.085,1 (S)	13.937,0 [6]	1.300,0 (S)	k.A.	k.A.
darunter: - der öffentlichen Hand (Bund/Länder)	1994	17.856,1	6.041,1 (I)	6.630,0 (I)	1.527,0 (I)	1.814,0 (I)	1.844,0 (I)
	1995	22.865,3	11.138,0 (I)	7.075,0 (I)	900,0 (I)	2.039,0 (I)	1.713,3 (I)
	1996	900,0	k.A.	k.A.	900,0	k.A.	k.A.
- der DFG	1994	3.926,5	11,5 (I)	3.737,0 (I)	111,0 (I)	-	67,0 (I)
	1995	4.317,1	112,3 (I)	4.175,0 (I)	k.A.	-	29,8 (I)
	1996	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Verhältnis Grundhaushalt : Drittmittel	1994	61 : 39	48 : 52		91 : 9	80 : 20	78 : 22
	1995	65 : 35	45 : 55	55 : 45	94 : 6	76 : 24	80 : 20
	1996	67 : 33	51 : 49	55 : 45	95 : 5		
Mitarbeiter insgesamt	1995/96	913	245	209	220	75	164
Stellen für wissenschaftliches Personal	1995/96	421,25	140,5 [7]	97,0 [8]	72,0	46,0	65,75
darunter: - institutionelle Stellen		232,0	57,0	44,0	58,0	26,0	47,0
- aus Drittmitteln finanziert		175,25	79,5	48,0	11,0	20,0	16,75

Nachrichtlich: Stellen für wissenschaftliches Personal an Hochschulen in der Fächergruppe Wirtschaftswissenschaften 1993: 4.588

(I) = Ist-Angaben, (S) = Soll-Angaben, k.A. = keine Angaben

1) Rundungsdifferenzen. - 2) einschl. Servicebereich (50 %). - 3) ohne Zentralbibliothek und Wirtschaftsarchiv. - 4) darunter 3.790 TDM für das SOEP. - 5) darunter 4.110 TDM für das SOEP. - 6) kontrahiertes Drittmittelvolumen, Stand April 1996, darunter 4.061 TDM für das SOEP. - 7) darunter 6 Drittmittelstellen und ein Postdoktorand in der Niederlassung Sachsen. - 8) darunter 10 Stellen für das SOEP; 2 grundfinanzierte und 8 Drittmittelstellen

Quellen: Von den Instituten eingereichte Unterlagen und WBL-Dokumentation 1995/96